

Thimm, Johannes; Altegör, Tim

Research Report

Amerikas außerparlamentarische Opposition: Über die Hintergründe und Auswirkungen der Tea-Party-Bewegung in den USA

SWP-Aktuell, No. 50/2010

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Thimm, Johannes; Altegör, Tim (2010) : Amerikas außerparlamentarische Opposition: Über die Hintergründe und Auswirkungen der Tea-Party-Bewegung in den USA, SWP-Aktuell, No. 50/2010, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254925>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Amerikas außerparlamentarische Opposition

Über die Hintergründe und Auswirkungen der Tea-Party-Bewegung in den USA

Tim Altegör / Johannes Thimm

Innerhalb nur eines Jahres hat sich die amerikanische Tea-Party-Bewegung als fester Bestandteil des politischen Diskurses etabliert. Der massive öffentliche Widerstand gegen die Gesundheitsreform und erste Erfolge bei republikanischen Vorwahlen zum Kongress brachten die Bewegung ins öffentliche Bewusstsein. Ungeachtet der großen medialen Aufmerksamkeit herrscht nach wie vor Unklarheit über die genauen Ursachen, Beweggründe und politischen Folgen dieses rechtskonservativen Aktivismus. Seine Ziele scheinen widersprüchlich und sind jenseits einer diffusen Unzufriedenheit mit der etablierten Politik nur schwer auf einen Nenner zu bringen. Wer sind die Tea-Party-Aktivist*innen und was wollen sie? Welche Auswirkungen haben ihre Aktivitäten auf die politische Landschaft in den USA?

Ein Grund für die vorherrschende Unsicherheit bei der Beurteilung der Tea Parties ist deren Heterogenität. Inhaltlich vereinen sie zwei teils gegensätzliche ideologische Strömungen: eine fiskalkonservative und eine sozialkonservative. Zudem handelt es sich um eine dezentrale Bewegung ohne einheitliche Führung. Schließlich ist ihr Verhältnis zur Republikanischen Partei bislang ungeklärt.

Eine Bewegung, zwei Strömungen

Ihren Ursprung hatte die Idee einer neuerlichen »Tea Party« – historisches Vorbild ist die gleichnamige Bewegung zu Beginn des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges – in einem Auftritt des Börsenkommentators Rick Santelli vom TV-Sender CNBC. Dieser

forderte während einer Sendung einen Aufstand gegen die Pläne der Regierung, vom Bankrott bedrohte Hausbesitzer finanziell zu unterstützen. Innerhalb kürzester Zeit formierte sich daraufhin eine dezentrale Graswurzel-Bewegung, zu deren Kerninteressen eine deutliche Reduzierung staatlicher Eingriffe in den freien Markt zählt. Die *Tea Party Patriots*, eine Dachorganisation zahlreicher Tea-Party-Gruppen, haben unter der Überschrift *Contract from America* einen Katalog ihrer Forderungen zusammengestellt. Sie richten sich gegen Steuererhöhungen, die Gesundheitsreform, das geplante Klimaschutzgesetz und die Praxis vieler Abgeordneter, Haushaltsmittel für Projekte in ihrem Wahlkreis in Gesetzesvorlagen unterzubringen (*pork*, auch *earmarks*). Zudem wird ein ausgeglichener

Haushalt gefordert und die Ansicht vertreten, die Rolle der Zentralregierung in Washington müsse beschränkt werden.

Dieser libertäre Anspruch der Tea Parties wird zunehmend durch einen sozialkonservativen ergänzt, der Positionen vertritt wie die Ablehnung der Integration illegaler Migranten und einer multikulturellen Gesellschaft, ein Verbot von Abtreibungen und Homosexuellen-Ehen sowie die Befürwortung des Rechts auf Waffenbesitz und einer harten Haltung im Verhältnis zu gegnerischen Regimen wie Iran und Nordkorea. Die aus fiskal- und sozialkonservativen Positionen abgeleiteten Forderungen widersprechen sich jedoch häufig. Während libertär Gesinnte Staatsinterventionen ablehnen, befürworten Religiöse und Sozialkonservative Einschränkungen der persönlichen Freiheit aus moralischen Gründen. Der fiskalkonservative Anspruch ist seinerseits nicht frei von Widersprüchen. So lehnen Anhänger der Tea Parties staatliche Gesundheitspolitik ab, fordern aber die Beibehaltung der öffentlichen Gesundheitsversorgung für Rentner (*Medicare*). Inkonsistenzen wie der Ruf nach Steuerensenkungen und gleichzeitig nach staatlichen Leistungen sind ein Charakteristikum des Populismus, erklären sich aber auch aus einer heterogenen Anhängerschaft mit divergierenden Einstellungen. Geeint wird sie durch das Feindbild einer kontrollwütigen Washingtoner Bürokratie, die sich nicht für die Belange der einfachen Bevölkerung interessiert.

Einfalt in der Vielfalt

Es gibt noch kaum verlässliche Erhebungen zur sozialen und politischen Zusammensetzung der Tea Parties. Immerhin lässt sich feststellen, dass ihre Mitglieder mehrheitlich aus der ländlichen Mittelschicht stammen. Sie sind überwiegend weiß, älter, religiöser und finanziell etwas besser situiert als der Durchschnitt. Der lautstarke Protest der Tea Parties wurde von der Finanzkrise und den von Obama initiierten sozialen Reformen ausgelöst, die ideologische Grund-

disposition dieser Bevölkerungsgruppe hat jedoch ältere Wurzeln. Ihre Mitglieder verstehen sich als »schweigende Mehrheit« und fühlen sich durch gesellschaftlichen Wandel bedroht. In ihren Augen vollzieht sich eine sozialistische Übernahme der USA. In allem, was sie als »fremd« empfinden, sehen sie eine Gefahr für den spezifischen, angeblich in der Verfassung verankerten »American way of life«. Ihre Wut richtet sich daher sowohl gegen die Zentralregierung als auch gegen ethnische Minderheiten und Einwanderer.

Diese Ressentiments bildeten schon die Grundlage früherer populistischer Bewegungen. In den 1960er Jahren beschrieb der amerikanische Historiker Richard Hofstadter deren Grundtendenzen in seinem Essay *The Paranoid Style in American Politics*. Seine Beobachtungen treffen auch auf die aktuelle Situation zu. So diagnostizierte Hofstadter in dem Versuch, das bestehende System vor fremdem Einfluss abzuschirmen, einen Hang zu xenophobem Gedankengut. Auf den Veranstaltungen der Tea Parties wird Rassismus vereinzelt offen zur Schau gestellt, häufiger jedoch in chiffrierter Form – wie in dem verbreiteten Vorwurf, Obama sei nicht in den USA geboren und daher unrechtmäßig Präsident. Das renommierte *Southern Poverty Law Center* berichtet zudem ebenso wie die jüdisch-amerikanische *Anti-Defamation League* von einem rapiden Zuwachs sogenannter »militias«, deren soziales Milieu sich besonders im Süden mit jenem der Tea Parties überschneidet. Diese Bürger-Milizen sind bereit, mit Waffengewalt gegen als verfassungswidrig angesehene Regierungsinterventionen vorzugehen, und haben Kontakte zu rassistischen Gruppierungen.

Die zweite wichtige Beobachtung Hofstadters betrifft die Anfälligkeit für Verschwörungstheorien. Auch dieses Phänomen ist derzeit zu beobachten. Viele Anhänger der Tea-Party-Bewegung schenken der Berichterstattung der etablierten Medien wegen deren angeblicher liberaler Voreingenommenheit grundsätzlich keinen Glauben mehr. Sie verlassen sich allein auf

Informationsquellen, die ihre Sicht der Dinge bestätigen. Konservative Medien, wie der Kabelnachrichtensender *Fox News* und zahlreiche *Talk-Radio-Sender* und Internetseiten, sind von zentraler Bedeutung für die Weltanschauung der Aktivisten. Kommentatoren mit eigenen Sendungen wie Rush Limbaugh oder Glenn Beck verbreiten Meinungen, die deutlich verschwörungstheoretische Züge aufweisen. Becks Behauptung, die jetzige Regierung hätte die Finanzkrise gezielt verursacht, um ihr politisches Programm durchzusetzen, ist nur eines von vielen Beispielen. Überzeugungen, die sich in diesem Umfeld gefestigt haben, kann Politik kaum gegensteuern. Konservative Sender spielen außerdem eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung der Aktivisten. So fordern sie ihre Zuschauer offen zur Teilnahme an Demonstrationen auf, während sie gleichzeitig das Ausmaß der Proteste übertreiben.

Einerseits handelt es sich also um eine laute und von den Medien aufgrund ihrer Radikalität auch überproportional repräsentierte Minderheit – je nach Umfrage verstehen sich nur 2 bis 13 Prozent der Bevölkerung als aktive Mitglieder. Andererseits spiegelt die Tea-Party-Agenda derzeit deutlich gesamtgesellschaftliche Tendenzen, die sich gegen die befürchtete Dominanz eines *big government* richten. Die Warnungen vor der Gefahr eines aufkommenden Sozialismus, die viele Teilnehmer der Proteste aussprechen, mögen übertrieben sein. Die Analyse, dass die Obama-Administration sozialen Ausgleich durch Regierungsintervention herbeiführen will, trifft im Kern jedoch zu. Die überaus kontroverse Gesundheitsreform ist die umfassendste sozialgesetzgeberische Maßnahme seit dem *New Deal*. Derartig einschneidende Maßnahmen provozieren stets Widerstand. Der Tea-Party-Bewegung ist es in diesem Klima der Skepsis gegenüber der Washingtoner Elite gelungen, eine zuvor politisch inaktive Bevölkerungsgruppe zu mobilisieren und zu beträchtlichem Engagement zu bewegen.

Ein Problem für die Republikaner

Die entscheidende Frage ist nun, welchen Einfluss die noch junge politische Kraft künftig ausüben können. Zumindest die Republikanische Partei hat ihren Druck bereits zu spüren bekommen. So besiegten in mehreren Bundesstaaten Tea-Party-Kandidaten bei Kongress-Vorwahlen von der Republikanischen Parteispitze unterstützte Politiker. Ein prominentes Beispiel ist Rand Paul, der mit seinem radikal-libertären Programm in Kentucky zu den Senatswahlen antreten wird. Auch Scott Brown, der im Januar in Massachusetts den für eine Sperrminorität nötigen vierzigsten Senatsitz für die Republikaner eroberte, war wegen seiner Ablehnung der Gesundheitsreform von der Bewegung unterstützt worden. Inhaltlich macht das Republikanische Establishment mittlerweile Zugeständnisse an die Tea-Party-Aktivisten: Zumindest die Republikanischen Mitglieder des Repräsentantenhauses haben sich verpflichtet, zunächst für ein Jahr auf *earmarks* zu verzichten.

Zugleich versuchen die Republikaner, sich das Wählerpotential der Graswurzel-Bewegung zunutze zu machen. Insbesondere führende Politiker vom rechten Flügel der Partei, so Senator Jim DeMint und die Abgeordnete Michelle Bachmann, suchten bereits den Kontakt zu Tea-Party-Organisationen. Da deren programmatische Ausrichtung jedoch diffus ist, bleibt das Verhältnis schwierig. Die Einstellungen der verschiedenen Gruppierungen zu den Republikanern sind alles andere als einheitlich. Während die *Tea Party Nation* eine vielbeachtete Konferenz organisierte, bei der den Teilnehmern für ein hohes Eintrittsgeld unter anderem eine Rede von Sarah Palin geboten wurde, und der *Tea Party Express* landesweit für konservative Kandidaten wirbt, verurteilen die *Tea Party Patriots* derartige Anbieterungen, die einer Graswurzel-Bewegung unangemessen seien. Die Republikanische Partei wird von vielen Tea-Party-Aktivisten als Teil des Establishments durchaus kritisch gesehen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Aufgrund der internen Zersplitterung der Bewegung erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass aus ihr eine relevante dritte politische Partei im Zwei-Parteien-System der USA hervorgeht. Für die Republikaner besteht indes die Gefahr einer Spaltung der konservativen Wählerschaft. So besteht die Möglichkeit, dass entweder zusätzlich Tea-Party-Kandidaten antreten, wie in New York geschehen, oder in den Vorwahlen abgelehnte moderate Republikaner unabhängig von ihrer Partei kandidieren, wie im Fall der anstehenden Wahlen in Florida. Trotz schlechter Umfragewerte könnten die Demokraten also gerade dank der Tea-Party-Bewegung Sitze verteidigen oder gewinnen.

Auch deren bisherige programmatische Entwicklung könnte die Wahlchancen der Demokraten verbessern. Durch eine Konzentration auf die in breiten Teilen der Bevölkerung populären fiskalkonservativen Positionen könnte die Bewegung den Republikanern helfen, die oft wahlentscheidenden Stimmen unabhängiger Wähler zu gewinnen. Nicht die fiskalkonservative, sondern die sozialkonservative Strömung bestimmt jedoch zusehends die Agenda der Tea Parties. Unter dem Vorzeichen eines kompromisslosen Konservatismus werden parteienübergreifende Lösungsansätze entschieden abgelehnt. Die Demokraten haben somit keine realistische Möglichkeit, die Tea-Party-Anhänger zu integrieren, und die Republikaner werden durch ihre Abhängigkeit von den Aktivisten weiter nach rechts getrieben. Unabhängigen Wählern könnten entsprechende Kandidaten zu radikal erscheinen. So begrüßten die Demokraten die Republikanische Nominierung von Sharron Angle in Nevada. Ihre extremen Ansichten – sie fordert etwa die Abschaffung staatlicher Bildungspolitik – machen sie für moderate Wähler unwählbar. Der arg in Bedrängnis geratene demokratische Mehrheitsführer im Senat, Harry Reid, hat nun gute Chancen, seinen Sitz zu verteidigen.

Polarisierung nimmt weiter zu

Die Tea-Party-Bewegung wird ein Phänomen zusätzlich verstärken, das spätestens seit der Eroberung der Kongressmehrheit durch die Republikaner unter Newt Gingrich 1994 zu beobachten ist: eine ausgeprägte ideologische Spaltung zwischen den Parteien und im gesamten politischen Diskurs. Diese Spaltung unterminiert die Funktionsfähigkeit des politischen Systems, das auf überparteiliche Kompromisse angewiesen ist. Schon unter den aktuellen Bedingungen, in denen die Demokraten das Weiße Haus, den Senat und das Repräsentantenhaus kontrollieren, hat die Fundamentalopposition der Republikaner grundlegende Reformen erheblich erschwert. Sollten die Demokraten in zumindest einer der beiden Kammern des Kongresses bei den anstehenden Wahlen ihre Mehrheit verlieren, wäre Kooperation noch notwendiger als zuvor. Die Erfahrung der 1990er Jahre zeigt außerdem, dass die Existenz einer ausgeprägten Milizen-Landschaft in dem Klima eines rhetorisch überhitzten politischen Diskurses auch gewaltförmigen Ereignissen Vorschub leisten kann. Der damalige Präsident Bill Clinton hat bereits Parallelen gezogen und an Timothy McVeighs verheerenden Anschlag 1995 in Oklahoma City erinnert.

Wahrscheinlich kann die Tea-Party-Bewegung ihr derzeitiges Niveau der Mobilisierung auf Dauer nicht halten. Einmal gewählte Tea-Party-Kandidaten werden außerstande sein, ihre radikalen und populistischen Positionen mit den pragmatischen Erfordernissen eines Mandats zu vereinbaren. Um diesen Anforderungen nachzukommen, müssten sie einige jener widersprüchlichen Forderungen aufgeben, auf denen ihre Popularität beruht.

Die Denkmuster der überzeugten Aktivisten wären damit jedoch keinesfalls verschwunden. Zu sehr bewegen sich diese in einer geschlossenen, streng konservativen medialen Welt. Dieselben Ängste und Ideologien werden auch in Zukunft als Anknüpfungspunkte für Protestbewegungen zur Verfügung stehen.